

Stellungnahme

Ehrenamt fördern statt einschüchtern!

Stellungnahme des BUND Koblenz zur kleinen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“

Einen Tag nach der Bundestagswahl hat die CDU/CSU-Fraktion eine kleine Anfrage mit insgesamt 551 Einzelfragen an die geschäftsführende Bundesregierung gerichtet. In dieser Anfrage bittet sie um detaillierte Auskunft zur Arbeit von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zu einem großen Teil sollen die Fragen prüfen, ob diese Organisationen als Empfänger staatlicher Fördermittel parteipolitisch unabhängig arbeiten. Darunter auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND. Zu dieser befremdlichen Anfrage nehmen wir als Koblenzer Umweltverband wie folgt Stellung:

„Statt sich für den Schutz der Demokratie einzusetzen und eine Förderung des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements, sorgt die CDU-Bundestagsfraktion mit einem solchen Generalverdacht gegen unabhängige gemeinnützige Verbände für die Gefährdung des Friedens und des Zusammenhalts unserer fragilen Gesellschaft!“

Stiftungen und Lobbyverbände aus dem konservativen und CDU-/FDP-nahen Spektrum werden nicht angesprochen. Verdächtig... Eine Revanche für die massive öffentliche Kritik am Rechtsruck der Partei? Die umfangreiche Anfrage erweckt den Eindruck gemeinnützige Organisationen, wie beispielsweise auch der BUND würden satzungs- und rechtswidrig handeln und mit öffentlichen Geldern über eine "Schattenstruktur" einseitig Parteipolitik betreiben. ***"Dies ist nicht nur nachweislich falsch, sondern kann auch als ein Versuch der Einschüchterung kritischer Bürger*innen bei ihrem unverzichtbaren Engagement für unsere Gesellschaft aufgefasst werden"***, erklärt Egbert Bialk, Vorsitzender des BUND Koblenz und Mitglied im Landesvorstand. In einem empörten Protestbrief fordert der BUND eine Entschuldigung des Koblenzer CDU-Bundestagsabgeordneten Josef Oster

Der BUND kämpft natürlich mit ausschließlich demokratischen Mitteln für klar definierte und festgeschriebene Satzungsziele, wie Überparteilichkeit und die Einhaltung von Grundgesetz und Verfassung. Und dies schon seit über 50 Jahren!

Alle Bilanzen, Einnahmen und Ausgaben des BUND sind hochtransparent und werden von unabhängigen WirtschaftsprüferInnen und den zuständigen Finanzämtern kontinuierlich geprüft und deren Rechtmäßigkeit bestätigt.

Arbeitsstunden und private Spenden setzen der BUND pro aktiv und solidarisch für unsere demokratische Gesellschaft ein. Vor diesem Hintergrund ist dieser Fragenkatalog ein Schlag ins Gesicht unserer zum Großteil ehrenamtlichen Aktiven und Mitglieder.

„Diese implizierten Unterstellungen der Zweckentfremdung von Finanzmitteln in der Anfrage der CDU/CSU Bundesfraktion ohne jegliche Anhaltspunkte weisen wir darum auf das Schärfste zurück!“, positioniert sich Egbert Bialk, Vorstandsvorsitzender des BUND Koblenz

Eine demokratische, tolerante, engagierte und kritische Zivilgesellschaft mit einer geschützten Meinungsfreiheit ist gerade nach den Erfahrungen der Nazi-Diktatur sowie den bedrohlichen antidemokratischen Entwicklungen in vielen europäischen Staaten und den USA ein hohes Gut. Wir denken, es ist höchste Zeit, dass die CDU-Fraktion ihre Rolle in unserem Land überdenkt und wieder eine verlässliche Partnerschaft mit demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft sucht.